

Biografisches

Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946)
Zweiter Teil (1918-1946)¹

Gerhard Engel

Der erste Teil dieser biografischen Skizze, veröffentlicht im vorangegangenen Heft des JahrBuchs, schilderte den Weg des sozialdemokratischen Zigarrenarbeiters Alfred Henke an die Spitze der „Bremer Bürger-Zeitung“, deren politisches Profil mit besonderer Konsequenz auf den revolutionären Flügel der deutschen Vorkriegssozialdemokratie ausgerichtet war. Anfänglich Wortführer der sich herausbildenden Bremer Linksradikalen, schloss sich Henke als Reichstagsabgeordneter 1915 den Kriegskreditverweigerern des sogenannten Parteizentrums an. Er wurde Mitbegründer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ein markanter Vertreter ihres linken, revolutionären Flügels.

Alfred Henke in der Revolutionszeit

Henke und seine USPD-Organisation im Bunde mit den Linksradikalen dominierten die erste Phase der Bremer revolutionären Ereignisse im November 1918.² Am 4. November forderte er vor fast 5.000 Teilnehmern einer öffentlichen Versammlung seiner Partei, dem monarchischen und kapitalistischen System müsse die Herrschaft der Massen, „des Bolschewismus“, folgen. Die Errichtung einer sozialistischen Republik sei das Gebot der Stunde. Die von Henke verfasste und von den Versammelten angenommene Resolution war in ihren Forderungen fast deckungsgleich mit dem Aufruf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe und der Linksradikalen vom 13. Oktober 1918.³ Am 7. November trat Henke an die

1 Der erste Teil erschien im JahrBuch-Heft 2015/II, S.67-85.

2 Siehe Peter Kuckuk: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919, Bremen 1986. Dieser bisher unübertroffenen Untersuchung der Revolution in Bremen sind im Wesentlichen die folgenden Angaben zur Rolle Henkes entnommen.

3 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, R. 2, Bd. 3, Berlin 1966, S.466f.

Spitze des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates. Eine Woche später setzte der Rat auf Initiative Henkes den Senat und die Bürgerschaft als politische Organe ab.

Doch in den folgenden Wochen wurde Henke vom Antreiber zum Getriebenen der Revolution. Mehr und mehr verstärkte sich der Einfluss der von Knief geführten „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD) auf die zum Weitertreiben der Revolution entschlossenen Arbeiter.⁴ Angetreten für die Herrschaft der Räte und die Diktatur des Proletariats, stellte sich Henke zwar zunächst gegen die Einberufung einer Nationalversammlung, dann jedoch erklärte er, theoretisch sei diese abzulehnen, aber die Praxis erzwingt sie als notwendiges Übel. Schließlich stimmte er mit der Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrates am 29. November für die Einberufung der Nationalversammlung. Er folgte damit der Linie der Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten vom 25./26. November, an der er für Bremen teilgenommen hatte⁵ und deren Votum sich der Reichsrätekongress vom 16. bis 20. Dezember anschloss. Andererseits agitierte und agierte er weiter für die Rätewacht und die Weiterführung der Revolution. Er verband radikale Agitation mit pragmatischem Taktieren. Den Arbeiter- und Soldatenrat moderierte er mehr, als dass er ihn antrieb.⁶ In allen wesentlichen Fragen gab er dem Drängen der IKD nach. Mit seinem Linksschwenk versuchte er, das Überlaufen von Mitgliedern der USPD zu den IKD zu verhindern.

Nach heftigem Sträuben⁷ übernahm Henke am 10. Januar 1919 den Vorsitz des Rates der Volksbeauftragten in der gerade ausgerufenen Räterepublik Bremen. Am 17. Januar rief er zum Proteststreik gegen die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit der Forderung auf, die Reichsregierung zu beseitigen. Doch aus Einsicht in die Chancenlosigkeit der Räterepublik⁸ und um Repressalien der Reichsregierung von

4 Siehe Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S.370-388, 392-406.

5 Siehe Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet von Erich Matthias. Bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1966, S.150.

6 Siehe David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922, Ithaka-London 1975, S.165.

7 Z. B. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Sg. Y 30/0427, Bl. 52.

8 Bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung hatte die USPD in Bremen nur 18,7 Prozent Stimmen errungen, die SPD aber 41,5, eine klare Mehrheitsentscheidung für eine parlamentarische und gegen eine Rätedemokratie. Siehe Kuckuk, Bremen, S.200.

Bremen abzuwenden, setzte er sich für Wahlen zu einer Bremer „Nationalversammlung“ ein. Ohne Frage stand Henke auf dem äußersten linken Flügel der USPD und trat für die Weiterführung der Revolution über ihr bürgerlich-demokratisches Stadium hinaus ein. Er hatte aber stets verständliche Vorbehalte dagegen, diesen Kampf auch in aussichtsloser Situation zu führen.⁹ Henkes letzte Aktivität als Vorsitzender des Bremer Rates der Volksbeauftragten bestand in Verhandlungen mit der konterrevolutionären Division Gerstenberg. Da diese ergebnislos blieben, konnte das Blutvergießen in Bremen am 4. Februar 1919 nicht verhindert werden.

Henke war am Vorabend aus Bremen nach Weimar abgereist, wo am 6. Februar die Konstituierung der Nationalversammlung anstand, in die Henke als Mandatsträger der USPD im Wahlkreis Hamburg-Bremen-Stade gewählt worden war.¹⁰ Die Abgeordnetenimmunität schützte ihn vor der politischen Strafverfolgung der Verantwortungsträger der Bremer Räterepublik durch die Justiz der Weimarer Republik.

In der Nationalversammlung erlebte Henke den Höhepunkt seiner parlamentarischen Laufbahn. Nach der Ermordung Hugo Haases folgte er im November 1919 dem Gründer der USPD gemeinsam mit Curt Geyer als Fraktionsvorsitzender. In allen bedeutenden Debatten ergriff er mit ausführlichen, sorgfältig recherchierten und scharf-polemischen Reden das Wort. Seine Reden waren geharnischter Protest gegen die Gefahr der Wiederbelebung des deutschen Militarismus.¹¹ In den Verfassungsdebatten im März und Juli 1919¹² argumentierte er, Freiheit und Gleichheit seien unmöglich, solange die kapitalistische Produktionsweise vorherrsche. Den Verfassungsentwurf charakterisierte er als „bürgerlich-kapitalistisch“. Mit Blick auf die im März 1919 deutlich sichtbare Radikalisierung der sozialistischen Arbeiterbewegung setzte er seine Hoffnungen auf die Weiterführung der im November 1918 begonnenen Revolution: „Das Proletari-

9 Siehe Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main-Köln 1975, S.120.

10 Siehe Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918. Biographisch-statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986, S.127. Henke musste sich später für seine „Flucht“ öffentlich rechtfertigen. Siehe Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 326, S.124f.

11 Siehe Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 326, S.305-308.

12 Siehe ebenda, Bd. 326, S.485-490; Bd. 328, S.1463-1466, 1471-1473, 1752-1755, 1767. Siehe hierzu auch Dieter Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993, S.117.

at ist im Sturmschritt auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht [...] Es wird sein Ziel erreichen, und nie waren wir dem Moment näher als jetzt.“¹³ Anstelle einer Demokratie, die nur Tarnmantel eines kapitalistischen Staates sei und verneble, dass der Staat Organ der Klassenherrschaft sei, verlangte er einen Staatsaufbau nach den Prinzipien einer Räte-demokratie. „Unsere Überzeugung ist“, rief er aus, „daß die wahre Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einfach nicht verwirklicht werden kann, weil die Besitzverhältnisse das verhindern. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie.“¹⁴ Von diesem Gesichtspunkt war folgerichtig Henkes Stellungnahme zur Sozialisierung der Wirtschaft bestimmt.¹⁵ Im Dezember 1919 fasste er seine Sozialisierungsforderung mit dem Marx-Wort „Expropriation der Expropriateure“ zusammen.¹⁶

In der Debatte über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den Alliierten im Juli 1919 begründete Henke „unter dem Zwange der Gewalt“ die Zustimmung der Fraktion der USPD. Er geißelte den imperialistischen Charakter des Friedensvertrages und erklärte, gegen diesen Frieden sei die internationale Solidarität des proletarischen Freiheitskampfes für eine Weltrevolution erforderlich.¹⁷

In vielen Parlamentsreden erwies sich Henke als kompromissloser Verteidiger der sozialen Belange der Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden, besonders in Debatten über die Steuerpolitik, ein Gebiet, auf das er sich mehr und mehr spezialisierte, über den Staatshaushalt oder über Wohnungspolitik.¹⁸ Haushaltsdebatten nutzte Henke zu Generalabrechnungen mit den mehrheitssozialdemokratisch geführten Regierungen von Gustav Bauer und Hermann Müller. Henke, der sich selbst als „proletarischen Klassenkämpfer“ bezeichnete und zum Kommunistischen Manifest bekannte, polemisierte mit extremer Schärfe gegen die Mehrheitssozialdemokraten in Regierungsverantwortung. Ihre Partei trennten von der USPD „zwei verschiedene Weltanschauungen“. Die Politik der Regierungssozialisten zur Entwaffnung der revolutionären Arbeiter und der direkten und indirekten Förderung der Konterrevolution griff Henke mit dem Satz an: „Leute, die sich früher auf Bebel, auf Liebknecht, auf Marx,

13 Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 326, S.487.

14 Ebenda, Bd. 328, S.1472.

15 Siehe ebenda, Bd. 326, S.565-570; Bd. 331, S.4069-4071.

16 Ebenda, Bd. 331, S.4069.

17 Siehe ebenda, Bd. 326, S.1412f.

18 Siehe v. a. ebenda, Bd. 329, S.2442-2449.

auf Engels, auf Lassalle während der Kriegszeit [...] berufen haben, um die Arbeiter in dem Wahne zu erhalten, daß es sich um vaterländische Interessen handele, denen sie dienen sollten, während es sich in Wirklichkeit um die Verteidigung der Profitinteressen und des Kapitalismus gehandelt hat, diese Leute schämen sich heute nicht, das Andenken aller dieser Männer dadurch zu beschmutzen, daß sie solche Handlungen ausüben.“ Eine Einigung zwischen USPD und SPD sei daher prinzipiell unmöglich, wohl aber mit den Arbeitern, die noch der SPD folgen. Im Glauben, die USPD werde den Massenanhang der SPD doch noch auf ihre Seite ziehen und zu einem neuen revolutionären Ansturm ansetzen können, erklärte Henke im Oktober 1919: „Heute ist mehr wie jemals zuvor notwendig ein unbeschränkter, unbeirrter Klassenkampf des Proletariats.“ Dieser Klassenkampf richte sich „wie gegen die anderen bürgerlichen Parteien, so heute auch gegen die rechtssozialistische Partei, und diese wird am Ende des Kampfes genauso wie die bürgerlichen Parteien im Abgrund verschwinden“.¹⁹

Henkes Ton wurde noch schärfer, als er am 14. Januar 1920 die Regierung wegen des Blutbades unter den Demonstranten anklagte, die vor dem Reichstagsgebäude gegen die Annahme des Betriebsrätegesetzes demonstriert hatten. Die Blutschuld liege nicht bei den ihr Demonstrationsrecht wahrnehmenden Organisatoren der Demonstration, zu denen neben der USPD auch die KPD und die Zentrale der revolutionären Betriebsräte gehört hatten, sondern bei der Regierung, die 42 Arbeiter töteten und 105 verletzen ließ. Die Führer der Mehrheitssozialisten seien zu „Soldknechten des Kapitals, zu parlamentarischen Vertretern des Kapitals geworden“.²⁰

Für die USPD begründete Henke am 18. Januar 1920 die Ablehnung des Betriebsrätegesetzes.²¹ Er forderte anstelle dem Kapitalismus höriger, wirtschaftsfriedlicher Betriebsräte revolutionäre Betriebsräte, die umfassende Rechte bei der Leitung der Betriebe und ihrer Sozialisierung auszuüben imstande seien.

Unermüdlich focht Henke gegen alle immer noch in Kraft befindlichen Ausnahmegesetze einer „Diktatur der Minderheit“ gegen die Arbei-

19 Siehe ebenda, Bd. 330, S.2993-3004, Zitate S.2993, 2996, 3001; Bd. 333, S.5497-5509.

20 Ebenda, Bd. 331, S.207-4209, Zitat S.4209. Siehe hierzu Axel Weipert: Vor den Toren der Macht. Die Demonstration am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 11 (2012), H. II, S.16-32; Engelmann/Naumann, Spaltung, S.144.

21 Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 332, S.4478-4484, Zitate S.4481, 4482.

terklasse, die eine Räterepublik wolle, eine „Diktatur der Mehrheit“.²² Dafür müsse sie für den Zusammenschluss ihrer revolutionären Kräfte in einer Partei sorgen, in einer revolutionären Partei freilich, die in ihrem Programm stehen hat: „Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Überführung der Produktionsmittel aus den Händen weniger in den Besitz der Allgemeinheit und die ernstlich und ehrlich für die Erreichung dieses Zieles kämpft.“²³ Seine sozialistisch-humanistische Gesellschaftsutopie fasste Henke in die Worte: „Es kann uns nur liegen an der Achtung und Wertschätzung des deutschen Volkes durch alle jene Menschen, die ein Vorwärts in der Kultur erstreben, die ein möglichst baldiges Ende aller Kriege wollen, die eine gesündere Wirtschaftsordnung wollen, und mag sie Sozialismus heißen.“ Es gehe um einen Gesellschaftszustand, in dem „die Menschen sich nicht gegenseitig totschiessen, sondern friedlich und vernunftgemäß miteinander auszukommen versuchen; und wenn noch ein Wettstreit unter ihnen zur Geltung kommen soll, so soll es der Wettstreit sein, sich in nützlicher Arbeit zu überbieten, sich in wirklichen Kulturleistungen zugunsten der Menschen zu überbieten, aber nicht in Mord und Gewalttaten.“²⁴

Vier Tage vor dem Kapp-Putsch warnte Henke, der Republik drohe akute Gefahr von rechts.²⁵ Als der Putsch von den Arbeitern abgewehrt war, sah Henke die Chance, die Bewegung gegen den Putsch von rechts zu nutzen, um die unterbrochene Revolution von links wieder aufzunehmen. Die Arbeiter hätten die Republik nicht der Regierung wegen gerettet, sondern weil ihnen die Republik jene Staatsform sei, in der sie weiter um die Macht kämpften. Henke las eine Philippika gegen das von der Regierung aufgebaute Schreckgespenst einer „Spartakistenherrschaft“. „Gewiß ist“, stellte er fest, „auch die Spartakisten und Kommunisten wollen nichts anderes als die Befreiung der Arbeiter vom Joche des Kapitalismus. Auch sie wollen zu Ende führen, was im November 1918 begonnen hat; sie wollen verhindern, daß der Kapitalismus noch einmal oben auf kommen kann, sie sind Wortführer der Arbeiterklasse im allgemeinen, die nicht mehr für den Kapitalismus arbeiten will.“ Zum Hauptproblem der deutschen Innenpolitik erklärte er die Bekämpfung des Militarismus, des alten wie des von Gustav Noske protegierten neuen.²⁶

22 Siehe ebenda, S.4642-4647.

23 Ebenda, S.4644.

24 Ebenda, S.4646.

25 Siehe ebenda, S.4812-4817.

26 Siehe ebenda, S.4919-4924, 4942-4953, Zitat S.4924. Zur Wirkung der Rede Henkes am

Henkes stets scharfe Attacken gegen die staatstragende Mehrheitssozialdemokratie gipfelten in seiner Reichstagsrede im Juli 1920 in der Einschätzung, die Arbeiter seien niemals „demagogischer belogen worden [...] als von den Rechtssozialisten“. Man müsse den sozialdemokratischen Führern „die staatsmännische Maske vom Gesicht ziehen und den Proletariern zeigen, was hinter diesen sogenannten Sozialdemokraten steckt“. Eine Arbeiterpartei, die den Klassenkampf aufgebe, sich aber als sozialdemokratisch bezeichne, habe „das Recht verwirkt, diesen Namen fernerhin zu führen“. Henke kämpfte wortgewaltig für den Alleinvertretungsanspruch der USPD bei der Wahrung der Arbeiterinteressen.²⁷

In seinen Parlamentsreden in der Nationalversammlung erwies sich Alfred Henke als einer der am weitesten links stehenden Abgeordneten des Hauses. Er erscheint gewissermaßen als ein Kompensator für das Fehlen der die Nationalversammlung boykottierenden Kommunisten, deren klassenkämpferische Diktion er weitgehend aufnahm und denen er auch verbal Sympathie entgegenbrachte. Auf dem äußersten linken Flügel der USPD teilte er deren unrealistische Einschätzung revolutionärer Siegeschancen und focht mit der ihm eigenen Wortradikalität unverdrossen für die Weiterführung der Revolution bis zur politischen Machtübernahme durch das Proletariat. Doch vom Boykott des Parlaments hielt er nichts. Parlamentarismus war für ihn ein Mittel, politische Kämpfe auszutragen. Wenn es aber um den Ausbau der Demokratie gehe, so sei dieser freilich nicht im Parlament erreichbar, sondern nur durch das Zusammenwirken von Parlamentspolitik und außerparlamentarischer Aktion der Arbeiter.²⁸

Henke nahm, abgesehen vom außerordentlichen Parteitag im März 1919, an allen Parteitagen und Reichskonferenzen der USPD²⁹ teil. Hier ist auffällig wenig von dem Wortradikalismus seiner Parlamentsreden zu hören, die offenbar mehr als aufrüttelnde Kampfpappelle an die revolutionären Anhänger der Partei fungierten denn als differenzierte Analyse der Verhältnisse. Während der Reichskonferenz der USPD im September 1919 etwa konterkarierte er seinen im Parlament herausgestellten revolu-

18. März 1920 auf die Fraktion der SPD siehe Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919-1920. Eingeleitet von Heinrich Potthoff. Bearbeitet von Heinrich Potthoff und Hermann Weber, Düsseldorf 1986, S.225-231.

27 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 344, S.95-97.

28 Siehe Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 332, S.4812.

29 Während die Parteitage das oberste Beschlussorgan der Partei waren und die Leitungsgremien wählten, hatten Reichskonferenzen die Aufgabe, bei Bedarf zwischen den Parteitagen strittige Probleme zu debattieren, freilich ohne darüber Beschlüsse zu fassen.

tionären Optimismus durch die Einschätzung, die Lage in Deutschland sei unübersichtlich, wegen des Verlustes ihrer besten Führer und des Zustroms neuer, nur von Stimmungen angetriebener Revolutionäre erwachsen große Schwierigkeiten. So sei es „gar nicht ausgeschlossen, daß wir wieder eine Situation erhalten, in der die parlamentarische Betätigung das einzige Mittel unserer Wirksamkeit ist“.³⁰

Auf dem außerordentlichen Parteitag in Leipzig gegen Ende 1919 hielt Henke das Hauptreferat zur Gewerkschaftsfrage. Er setzte sich für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung und für bessere soziale Lebensbedingungen ein. Im Kriege seien die Gewerkschaften Stützpfiler der MSPD geworden; jetzt müsse der Wechsel vom Burgfrieden zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital bekämpft werden, indem die USPD die Gewerkschaften revolutioniert, ihren Mitgliedern hilft, mit der Bürokratie abzurechnen und die Gewerkschaftsorganisationen als Basis von Massenaktionen auszugestalten. Henke plädierte für marxistische Bildungsarbeit in den Gewerkschaften. Er wandte sich entschieden gegen den Syndikalismus und gegen einen Kurs auf Arbeiterunionen anstelle der alten Gewerkschaften, wie er auch von Kommunisten verfolgt werde.³¹

In den 1919 einsetzenden Debatten über die Haltung der USPD zur Kommunistischen Internationale betonte Henke seine Solidarität mit Sowjetrußland, lehnte aber die Moskauer Internationale von vornherein ab. Mit dieser Position trat er z. B. – freilich ohne Erfolg – auf dem ersten bayerischen Bezirkskongress der USPD im Oktober 1919 auf. In seiner Bremer Parteiorganisation dagegen gelang es ihm im November einen Antrag durchzusetzen, wonach der russischen Revolution und der III. Internationale Sympathien entgegenzubringen seien, dass sich die USPD aber nicht dieser Internationale anschließen sollte.³²

Seine Begründung für die Ablehnung der 21 Aufnahmebedingungen, die der II. Kongress der Kommunistischen Internationale im August 1919

30 Bericht über die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 9. und 10. September 1919 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Zusammengestellt nach einer Broschüre und Zeitungsberichten von Hartfrid Krause, Glashütten im Taunus 1975, S.15.

31 Siehe das Referat in: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin (1920), S.402-416.

32 Siehe Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Berlin 1975, S.153-156.

beschlossen hatte,³³ trug Henke ausführlich in der Reichskonferenz der USPD im September 1920 vor. Er verwahrte sich gegen den Anschluss an eine Internationale, in der eine an der Macht befindliche Partei die Räte-demokratie durch eine Parteidiktatur ersetzt habe. Was diese Partei für ihre Herrschaftssicherung für erforderlich halte, könne nicht für andere Parteien unter anderen Kampfbedingungen verbindlich sein. Besonders vehement polemisierte Henke gegen zentralistische Parteistrukturen. Zentralismus sei das Tarnwort für Despotie. Mitgliedsparteien einer Internationale müssten autonom und gleichberechtigt sein. Wer in der USPD für den Anschluss an die Kommunistische Internationale unter den 21 Bedingungen eintrete, habe bereits vorher als „verkappte Kommunisten“ an der Zersetzung der USPD gearbeitet. Wer in die Kommunistische Internationale wolle, müsse die KPD wollen, also eine andere Haltung zum Parlamentarismus, zur Gewerkschaftspolitik und zu demokratischen Parteistrukturen. Nicht der Anschluss der USPD an die Moskauer Internationale sei nötig, sondern ein Zusammenschluss aller zum revolutionären Kampf bereiten Parteien, die unter Beachtung der Verhältnisse ihrer einzelnen Länder nach einer gemeinsamen Kampfmethod strebten.³⁴

Folgerichtig gehörte Alfred Henke im Oktober 1920 – gestützt auf ein Mehrheitsvotum seiner Bremer Parteiorganisation – zur Minderheit des außerordentlichen Parteitag der USPD in Halle, die sich dem Anschluss ihrer Partei an die Kommunistische Internationale versagte und den Weg in die entstehende Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands ablehnte. In der verbleibenden USPD blieb Henke freilich ein Repräsentant ihres linken, revolutionären Flügels, nun jedoch mit schwindendem Einfluss.

Auf internationalem Parkett beteiligte sich Henke aktiv an den Bemühungen der revolutionären Parteien, die sowohl die wiederbelebte sozialdemokratische II. Internationale als auch die neu entstandene kommunistische III. Internationale ablehnten, einen eigenen internationalen Zusammenschluss zu organisieren. Die Zentralleitung der USPD entsandte ihn gemeinsam mit Robert Dißmann im November 1920 nach Wien zum Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs, um deren Teilnahme an der Gründung einer weiteren Internationale si-

33 Siehe Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale, Eine Dokumentation, Hannover 1966, S.56-62.

34 Siehe die Rede Henkes in: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920 in Berlin, Berlin (1920), S.103-108.

cherzustellen.³⁵ Schließlich gehörte Henke im Februar 1921 zu den zehn Vertretern der USPD auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien, die jene nur bis Mai 1923 bestehende Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien ins Leben rief, die als Internationale II ½ in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einging.³⁶

Im Deutschen Reichstag, im Juni 1920 gewählt, war Henke einer der Hauptredner der USPD, die als zweitstärkste Fraktion zunächst über 81 Mandate, nach dem Ausscheiden der zur VKPD gewechselten Abgeordneten noch über 54 Sitze verfügte.³⁷ Wie zuvor in der Nationalversammlung propagierte er, immer wieder auch in deutlicher Abgrenzung von der SPD, in seinen Reden die Sozialisierung und die politische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse als deren Voraussetzung.³⁸ Seine Reden sind durchzogen von scharfer Polemik gegen die unsoziale Steuerpolitik, gegen die Umverteilungsprozesse von unten nach oben, gegen die Aushöhlung sozialer Errungenschaften der Novemberrevolution und gegen die Klassenjustiz, mit der jeder Widerstand der Arbeiter unterdrückt werde.³⁹ Im Unterschied zu seinen früheren Reden bekannte Henke freilich im November 1920, dass der Kampf zur Eroberung der politischen Macht „kein so einfacher gradliniger Kampf“ sei. Ein großes Hindernis stelle die „kolossale Macht des Kapitalismus“ dar, und er schloss: „Ist der ganze Sozialismus heute noch nicht erreichbar [...], so ist er doch zum Teil möglich, und wir zeigen den Arbeitern den Weg.“⁴⁰ Der zum Anschluss an die Kommunistische Internationale bereite Abgeordnete der USPD Wilhelm Koenen bezeichnete diesen Standpunkt der „Rechtsunabhängigen“ als eine „verdächtige Annäherung an die Rechtssozialisten“.⁴¹

Nichtsdestoweniger behielt Henke auch nach der Vereinigung des linken Flügels seiner Partei mit der KPD als Sprecher der verkleinerten USPD-Fraktion seine prinzipielle Kapitalismuskritik bei, so wenn er die

35 Siehe Wheeler, USPD, S.271.

36 Siehe Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921. Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Konrad von Zwehl, Berlin-Bonn 1978, S.133.

37 Siehe Henkes Bericht der Reichstagsfraktion in: USPD. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922, Leipzig o. J., S.77-86.

38 Siehe z. B. die Rede Henkes vom 20. Dezember 1920, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 345, S.1144-1150.

39 Siehe z. B. die Reden Henkes am 11. März und 2. Juni 1921, in: ebenda, Bd. 348, S.2815-2820; Bd. 349, S.3746-3755.

40 Ebenda, Bd. 345, S.1149.

41 Ebenda, S.1157.

Belastung der Arbeiter durch die Kriegsfolgen (Steuern, Lohnabbau bei ständigen Preiserhöhungen usw.) offenlegte und anprangerte, wie das Kapital Steuern hinterzieht, Gelder ins Ausland verschiebt und zugleich über die Notlage der Industrie lamentiert. Der SPD warf er vor, diese Gegensätze durch kosmetische Operationen in der Gesetzgebung zu verschleiern, weil ihr „jegliches sozialistisches Empfinden abhanden“ komme.⁴² Im Juni 1921 bescheinigte Henke den Rechtssozialisten im Reichstag „Grundsatzlosigkeit“ ihrer Sozialpolitik, die das Proletariat täusche und von ihm „auf das schärfste“ bekämpft werde.⁴³

Nach den blutigen Märzkämpfen 1921 protestierte Henke gegen die brutale Rache der Polizei und Justiz an den beteiligten Arbeitern. Zugleich richtete er scharfe Angriffe gegen die SPD. Die Märzaktion der KPD sei ein „Widerspiel der total verkehrten Politik der Mehrheitssozialdemokraten“ gewesen. Ihre grundsatzlose Politik, stellte er fest, „mußte mit Notwendigkeit zu einem überschwenglichen Radikalismus in Deutschland führen“, die Sozialdemokratie trage also Mitschuld und Verantwortung für das, „was die kommunistischen Arbeiter aus Anlaß der unsinnigen Parole getan haben“. Henke forderte unbedingte Solidarität mit den verurteilten „verirrten Klassengenossen“.⁴⁴

Im Januar 1922 polemisierte Henke heftig gegen die sozialdemokratische Koalitions- und die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaftspolitik. Regierungsämter seien keine Machtpositionen. Er warnte die Arbeiter vor den „falschen Führern“, die sie auf ein falsches Gebiet verleiteten, vor allem vom Weg des Klassenkampfes wegführten, sodass es bei den Arbeitern zu einem Zustand käme, „zu dem auch die Führer der Rechtssozialisten selbst gekommen sind, zum Zerfall, zur Versumpfung hinsichtlich der sozialistischen Lehre“.⁴⁵

Henke klagte unter dem Beifall der kommunistischen Fraktion die rechtssozialdemokratischen Führer an, mit ihrer Militär- und Sicherheitspolitik in Gestalt der von ehemaligen kaiserlichen Offizieren getragenen Reichswehr „eine reaktionäre, eine konterrevolutionäre und antirepublikanische Einrichtung“ geschaffen zu haben statt einer republikanischen Volkswehr.⁴⁶

42 Siehe die Reden Henkes am 18. Dezember 1920 und 10. März 1921, in: ebenda, Bd. 346, S.1875-1878; Bd. 348, S.2815-2820, 2830-2833, Zitat S.2830.

43 Ebenda, Bd. 349, S.3752.

44 Ebenda, S.3754f.

45 Ebenda, Bd. 352, S.5688f.

46 Ebenda, S.5694.

Als die sozialdemokratische Fraktion im März 1922 einem Steuerkompromiss mit den bürgerlichen Parteien zustimmte, nannte Henke dies „eine Folge ihres knochenweichen Reformismus“. Sich dabei obendrein auf Marx und Engels zu berufen, komme „fast einer Leichenschändung gleich“.⁴⁷

Von Bremen nach Berlin

Als Henke derart mit den Rechtssozialisten ins Gericht ging, hatte er seinen Lebensmittelpunkt bereits von Bremen nach Berlin verlegt. In der Hansestadt war er nach wie vor journalistisch tätig, und bis Ende 1922 nahm er auch sein Mandat als Mitglied der Bremer Bürgerschaft wahr, das er zuletzt im Juni 1920 gewonnen hatte. Mit Henke als Spitzenkandidat eroberte die Bremer USPD 31,5 Prozent der Stimmen und stellte weit vor der Deutschen Demokratischen Partei und der SPD die mit 37 Sitzen stärkste Fraktion.⁴⁸ Sein Ruf als Sachwalter von Arbeiterinteressen in Bremen und seinem Umfeld war so groß, dass er in den Reichstagswahlen der Weimarer Republik bis 1930 trotz seines Umzuges nach Berlin stets den Wahlkreis Weser-Ems für sich und seine Partei gewann.

Dass Henke sein über Jahrzehnte bestens vertrautes Wirkungsfeld an der Wasserkante dennoch verließ, hatte mehrere Gründe. Als er Ende Februar 1919 von der ersten Sitzungsperiode der Nationalversammlung nach Bremen heimkehrte, waren die Redakteursposten in der „Bremer Arbeiter-Zeitung“ (BAZ) von anderen besetzt. Er schrieb zwar weiter für diese Zeitung der USPD, trat als Redner in den Versammlungen der Partei hervor und beteiligte sich an Debatten der Bremer Bürgerschaft, aber er hatte keinerlei feste Anstellung. Im Oktober 1919 vertraute ihm die Zentrale der USPD die Redaktion der neuen, in Berlin erscheinenden kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Sozialistische Gemeinde“ an, eine Aufgabe, die er bis in den Herbst 1921 von Bremen aus erfüllte. Er schrieb nicht nur selbst Artikel und Kommentare für dieses Blatt, sondern erwarb durch das Redigieren der Beiträge seiner Autoren ein umfangreiches und aktuelles kommunalpolitisches Wissen.⁴⁹ In diesen Jahren wur-

47 Ebenda, Bd. 353, S.6340.

48 Siehe Karl-Ludwig Sommer: Arbeiterbewegung und Republik in den 20-er Jahren, in: Hartmut Müller (Hrsg.): Bremer Arbeiterbewegung 1918-1945 „Trotz alledem“, Berlin 1983, S.34-36.

49 Siehe BAZ, 28. und 30.8.1919; Staatsarchiv Bremen (StAB), 7,123-12, unpag.; Die Sozialistische Gemeinde. Kommunalpolitische Zeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie, Jg. 1-4 (1919-1922).

de sich Henke zunehmend bewusst, dass sein politischer Radikalismus gescheitert und eine Stellung zwischen der KPD und der angestammten Sozialdemokratie auf Dauer nicht zu halten war. Die USPD Bremens verlor ihren Wählervorsprung gegenüber der SPD zwischen den Bürgerschaftswahlen 1920 und 1921.⁵⁰

Sicher spielte für den Familienmenschen Henke auch der Wunsch eine bedeutende Rolle, mit Frau und Kindern sorgenfrei zu leben und dafür eine zukunftsichernde Stellung einzunehmen. Ihm kam daher offenbar gelegen, dass sich sein Berliner Fraktionskollege Fritz Zubeil im Herbst 1921 unter den Reichstagsabgeordneten der USPD nach erfahrenen Parteigenossen umsah, um sie für eine kommunalpolitische Tätigkeit in jenen nach der Schaffung Groß-Berlins im Oktober 1920 entstandenen Stadtbezirken der Hauptstadt zu gewinnen, in denen die USPD bei den Kommunalwahlen besonders gut abgeschnitten hatte.⁵¹ Henke griff zu und wurde Berliner Kommunalbeamter.

Im drittgrößten Berliner Stadtbezirk Reinickendorf mit einer starken Industriearbeiterschaft hatten die drei Arbeiterparteien die Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung.⁵² Da sie sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, war der linksliberale Karl Julius Reichhelm zum Bezirksbürgermeister gewählt worden, der USPD als stärkster Fraktion stand aber die Position seines Stellvertreters zu. So wurde Alfred Henke am 1. Oktober 1921 als Stadtrat und Stellvertretender Bürgermeister von Berlin-Reinickendorf eingestellt. Als Stadtrat mit einem Jahresgehalt von 80.000 Mark wurden ihm die Ressorts für Schule, Bildung und Kunst sowie Gesundheitswesen zugeordnet.⁵³ Seine formelle Wahl erfolgte am 18. Januar 1922.⁵⁴ Der prominenteste Mitarbeiter an seiner Seite war der von

50 Siehe 110 Jahre Bürgerschaftswahlen im Lande Bremen 1854 bis 1963, in: Statistische Monatsberichte Land Freie Hansestadt Bremen, H. 5/6, Bremen 1966, S.134.

51 Siehe Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, hrsg. von Jürgen Rojahn, Bd. 2, Frankfurt/Main-New York 1995, S.811. Wilhelm Dittmann lehnte ab, Carl Herz (Hamburg Altona) wurde 2. Bürgermeister in Berlin-Spandau, 1926 Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg. Siehe Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, hrsg. von Reiner Tosstorff, Berlin 2013, S.83.

52 Zur ökonomischen und sozialen Struktur von Reinickendorf zwischen 1920 und 1933 siehe Axel Reibe: Reinickendorf, Berlin 1988, S.78-83; Michael Zaremba: Reinickendorf im Wandel der Geschichte, Berlin 1999, S.124-130; Christoph Hamann: Stadterkundungen zum Widerstand 1933-1945 in Berlin-Reinickendorf, Berlin 1996, S.9, 12-14.

53 Landesarchiv Berlin (LAB), A Rep 060-05, Nr. 2, unpag.

54 Erster Verwaltungsbericht für die neue Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924, H. 28: Verwaltungsbezirk Reinickendorf, Berlin o. J., S.11.

ihm 1922 als Stadtarzt und Leiter des Gesundheitsamtes gewonnene und vielfältig mit der Arbeiterbewegung verbundene Arzt und Sexualpädagoge Dr. Max Hodann.⁵⁵

Umfangreiche kommunalpolitische Erfahrungen aus der jahrelangen Arbeit als Abgeordneter in der Bremer Bürgerschaft erleichterten Alfred Henke die Einarbeitung in das neue Metier und deren Koordination mit den Aufgaben des Reichstagsabgeordneten. Zugleich waren bedeutende politische Entscheidungen für die eigene Position in der Landschaft der Arbeiterparteien zu treffen. Als die akute Gefährdung der Republik durch zunehmende rechtsextreme Terrorakte, die am 21. Juni 1922 in der Ermordung des Reichsaußenministers Walter Rathenau gipfelten, offensichtlich war, rollte eine Welle von Protesten durch das Land, getragen von allen Arbeiterparteien und unterstützt von den bürgerlichen Parteien der Mitte. Die einsetzende Debatte über ein Gesetz zum Schutz der Republik führte zu einer deutlichen Annäherung der USPD an die SPD. Die Mehrheit der USPD fühlte sich ohnehin zwischen den polarisierenden Parteien der Kommunisten und Sozialdemokraten eingeklemmt. Ihre parlamentarischen Auftritte nahmen resignative Züge an.

Im Juli 1922 verschärfte Henke seinen polemischen Ton gegenüber der KPD, die „Todsünden zum Schaden des Proletariats auf sich geladen hat“ und sich mit ihrer „Alles-oder-Nichts“-Politik gegen den gesetzlichen Schutz der Republik wandte. Zugleich lobte er die SPD, die in Gesprächen zu erkenne gebe, dass sie in diesen Tagen gelernt und damit Hindernisse aus dem Weg geräumt habe, die den Zusammenschluss des Proletariats aufgehalten hätten. Für seine Fraktion erklärte er, sie erfülle das mit Freude, und man wolle auf dem Weg des Zusammenschlusses und der kommenden Einheit des Proletariats, „hinweg über alles Trennende“, weitermarschieren. Beifall und Bravorufe von USPD- und SPD-Abgeordneten begleiteten Henkes letzte große Parlamentsrede für die USPD.⁵⁶

Auf dem Parteitag im September 1922 stimmte Henke dem Beitritt der USPD zur SPD zu, ohne in der durchaus kontroversen Debatte das Wort zu nehmen. Er wurde zum Delegierten des anschließenden Vereinigungsparteitags in Nürnberg gewählt. Auch hier ergriff er nicht das Wort. 1924 in Berlin, 1925 in Heidelberg und 1929 in Magdeburg nahm er an den Parteitagen der SPD als zeitweiliges Mitglied des Parteiausschusses bzw. der

55 Siehe Wilfried Wolff: Max Hodann (1894-1946). Sozialist und Sexualreformer, Hamburg 1993, bes. S.9, 34. Ein literarisches Denkmal für Hodann errichtete Peter Weiss in seinem Roman „Die Ästhetik des Widerstands“.

56 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, S.8720-8726.

Programmkommission bzw. als Reichstagsabgeordneter teil. An den Debatten beteiligte er sich auch hier nicht. Offenbar mochte er sich nach dem Scheitern des von ihm an hervorragender Stelle mitgestalteten Projekts USPD nicht mehr exponieren. Ihm konnte kaum verborgen bleiben, dass ihm zwar Ämter und das Reichstagsmandat verblieben waren, er aber zugleich mit dem „Makel“ behaftet war, fünf Jahre lang in einer alternativen Sozialdemokratie auf deren linkem Flügel gestanden zu haben. Henkes revolutionäre Lebensperiode war zu Ende gegangen.

In eingeschränktem Maße blieb ihm die Tribüne des Reichstags. Dreimal, im Mai 1923, im August 1925 und im Juli 1926 hatte er Gelegenheit, sich zu grundlegenden Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik zu äußern.⁵⁷ Er kritisierte die sozial ungerechte Steuerpolitik und die Machenschaften der Konzerne, um aus der Inflation Gewinn zu ziehen. Er beklagte das mangelnde „Verantwortungsgefühl der Wirtschaftsführer“, die „trostlosen Finanzverhältnisse, besonders der Kommunen“, und forderte Verbesserungen der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung durch eine stärkere Belastung der hohen Einkommen und Vermögen. Im Unterschied zu den Reden des Fraktionsvorsitzenden der USPD fehlte den sachkundigen Analysen des Redners der SPD jeder Appell an die Arbeiter, für die eingeforderten Reformen außerparlamentarisch aktiv zu werden. Jeder Hinweis auf Klassenkampf und Revolution ist vermieden. Sein Appell vom 2. Juli 1926 klingt hilflos: „Wir rufen, da wir in dieser Stunde leider nichts weiter machen können, in das Land hinaus, in die Ohren der breiten Massen [...] Die Massen mögen also alles tun, was sie zu tun in der Lage sind [...] Wir werden auf dem Posten sein.“⁵⁸

Seine wohl denkwürdigste Rede – ein Hohelied auf den prinzipiellen Antifaschismus der Arbeiterschaft – hielt Henke in diesen Jahren am 14. Mai 1923. Er verurteilte scharf den Antisemitismus als „Teil der Weltanschauung aller Faschisten“. Er analysierte die besonders in Bayern durch die „Hitler-Garden“ heraufbeschworenen Gefahren für die Existenz der Republik. Die Nationalsozialisten seien „Sumpfgewächse eines gesellschaftlichen Sumpfes, der sich unter dem im November 1918 zusammengebrochenen Staats- und Herrschaftsregime gebildet hat. Ein Sumpfgewächs [...] in einem Sumpfe, wie er sich nur im Boden einer kapitalistischen Gesellschaft bilden konnte.“ Geradezu prophetisch rief Henke aus: „Wenn die Faschisten in Deutschland einen Erfolg haben würden, dann

57 Siehe ebenda, Bd. 359, S.10919-10925; Bd. 387, S.4008-4014; Bd. 390, S.7837-7841.

58 Ebenda, Bd. 390, S.7841.

würde die deutsche Bourgeoisie vor ihnen genauso auf dem Bauche liegen wie die italienische vor Herrn Mussolini. Darum ist es an der Zeit, dieser großen Gefahr mit größter Energie zu begegnen.“ Nur die Arbeiter könnten das Unheil abwenden. Sie hätten zwar die Gewalt nicht zum Prinzip ihres Handelns erhoben, aber: „Die Arbeiterschaft wird vor diesen Banden nicht weichen, sondern es wird für sie heißen: Kampf diesen Gewalthaufen gegenüber, bis sie verschwunden sind.“⁵⁹

Seine letzte Reichstagsrede hielt Henke im Juli 1927 zur Zoll- und Steuerpolitik mit der Ankündigung, der Tag der Abrechnung mit Regierung und Kapital werde im nächsten Wahlkampf kommen.⁶⁰ Danach verstummt der Abgeordnete Alfred Henke auf den hinteren Bänken der Fraktion endgültig bis zu seinem Ausscheiden aus dem Reichstag im November 1932.

Über Henkes Wirken als Kommunalpolitiker in Berlin-Reinickendorf ist infolge des Verlusts der einschlägigen Ressortakten fast nichts bekannt. In der lokalen Presse des Stadtbezirks ist von Henke nicht die Rede. Aus seiner Arbeit als für das Schulwesen zuständigen Stadtrat wissen wir etwas aus einer Schulfestschrift. Darin erinnert sich der zeitgenössische Direktor, dass ein Stadtrat Vorsitzender des Schulkuratoriums geworden sei, „der den Aufgaben der Höheren Schulen seinem Werdegang nach denkbar fern stand“, ihn „aber als den Leiter des Realgymnasiums stets korrekt, zurückhaltend“ behandelt habe.⁶¹

Über gute Ergebnisse der Arbeit des Stadtrats geben indirekt die Verwaltungsberichte Auskunft. Der Arbeiterbezirk Reinickendorf stach hervor durch einen bemerkenswerten Ausbau des Gesundheitswesens, die Kapazitätserweiterung klinischer Einrichtungen, die Einführung der sozialen Krankenhausfürsorge, den Ausbau der Schwangeren-, Säuglings-, Kleinkinder- und Tuberkulosefürsorge und andere soziale Leistungen. Im Schulbereich gelang es, weitgehend kostenfreie Lernmittel für die Volks- und Mittelschüler zu sichern. Werkunterricht wurde eingeführt und der Schwimmunterricht gefördert, ebenso der schulische Theaterbesuch. In Henkes Amtszeit fallen der Aufbau einer Stadtbibliothek und eine bedeutende Vermehrung der Volksbüchereien und ihrer Leserzahlen.⁶²

59 Siehe ebenda, Bd. 360, S.11047-11056.

60 Siehe ebenda, Bd. 393, S.11412-11415.

61 Friedrich-Engels-Schule 1905-1955, vormalig Manfred von Richthofen-Schule, Realgymnasium Reinickendorf, Berlin 1955, S.13, 20.

62 Siehe z. B. Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924-1927, H. 28.: Verwaltungsbezirk Reinickendorf, Berlin 1931, S.12f., 18.

Alfred Henke im Dritten Reich und sein Tod 1946

Der Beginn der Nazidiktatur beendete die kommunalpolitische Laufbahn Alfred Henkes. Bereits am Morgen nach der Reichstagsbrandprovokation vom 27. Februar 1933 wurde sein politisch exponiertester Mitarbeiter, Stadtarzt Dr. Max Hodann, verhaftet.⁶³ Knapp einen Monat später meldete die lokale Presse, die der SPD angehörenden Reinickendorfer Stadträte Alfred Henke, Paul Hecht und Alexander Meyer seien beurlaubt worden.⁶⁴ Bei der Bezirksverordnetenwahl am 12. März 1933 hatten KPD und SPD zusammen noch über 3.000 Stimmen mehr erhalten als die NSDAP. Zwei Wochen später erhob sich die Hitlerpartei über das Wählervotum zur absoluten Mehrheit, indem den kommunistischen und sozialdemokratischen Bezirksverordneten die Mandate aberkannt wurden.⁶⁵ Am 1. April traten „Staatskommissare“ an die Spitze der Reinickendorfer Verwaltung.⁶⁶ Einer von ihnen, SA-Obersturmbannführer Dr. Walter Pauls, usurpierte Henkes Ämter als Stellvertreter des Bürgermeisters und Stadtrat.⁶⁷ Noch bevor am 7. April 1933 die „rechtlichen“ Rechtfertigungen in Gestalt des Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Kraft traten, war die Verwaltung des Arbeiterbezirks Reinickendorf von Arbeitervertretern, auch von Alfred Henke, „gesäubert“.

Im Unterschied zu seinem Parteifreund und Ratskollegen Alexander Meyer, den ein Dienststrafverfahren zur „Dienstentlassung bzw. Aberkennung des Ruhegehalts“ traf,⁶⁸ wurde Henke, der am 1. März 1933 das Pensionsalter erreicht hatte, nach der Beurlaubung offenbar zunächst pensioniert. Doch 1934 entzogen ihm die faschistischen Machthaber die Pension. Henke verblieben monatlich 75,30 Reichsmark Altersrente, für die er jahrelang bei einer Versicherung eingezahlt hatte.⁶⁹ Physische Repressalien blieben Henke erspart. Als die Gestapo im August 1944 während der Ak-

63 Nord-Berliner Tagespost, 28.2.1933; Hans-Jürgen Bergmann: Max Hodann, in: Bernhard Meyer/Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Berliner jüdische Ärzte in der Weimarer Republik, Berlin 1996, S.134f.

64 Nord-Berliner Tagespost, 23.3.1933.

65 Zaremba, Reinickendorf, S.129.

66 Siehe Nord-Berliner Tagespost, 3. und 7.4.1933; Gertraud Eva Schrage: Auf dem Weg in die neue Zeit. Die Bürgermeister, Amtsvorsteher und Bezirksverordnetenvorsteher von 1874 bis heute, in: 100 Jahre Rathaus Reinickendorf, Berlin 2011, S.51f.

67 LAB, A Rep. 050-08, Nr. 65, unpag.; Schrage, Auf dem Weg, S.53.

68 Nord-Berliner Tagespost, 4.4.1933.

69 Henke an Kaisen, 11.12.1945, in: StAB, 7,97/3-1.

tion „Gewitter“ alle früheren Mandatsträger der SPD und KPD verhaftete, war er wegen seines hohen Alters und der Untauglichkeit für Lagerarbeiten von der Generalrazzia ausgenommen.⁷⁰

Als „Stadtrat i. R.“ bzw. „Stadtrat a. D.“ verbarg sich Henke in einer „inneren Emigration“. Das Ehepaar Henke zog 1935 von Tegel nach Heiligensee, wo es in einem Zweifamilienhaus das Erdgeschoss bewohnte.⁷¹ Anna Henke umsorgte ihren gesundheitlich zunehmend labilen Mann, der häufig bettlägerig war. Über die Kontakte mit den verheirateten Kindern, mit der Familie des früheren Bremer Parteigenossen und Journalistenkollegen Hans Hackmack sowie mit einer befreundeten Familie in Hamburg wurde eine bescheidene Beziehung zur Außenwelt aufrechterhalten. Hin und wieder erleichterten Päckchen das Leben in einem Hause, in dem es winters an Heizmaterial mangelte.⁷²

Am 26. November 1943 überlebten Anna und Alfred Henke knapp einen Bombenangriff, der ihr Haus zerstörte. Ihr gesamtes Hab und Gut einschließlich der Bibliothek Henkes waren fast total verloren. Ihre Tochter Edith nahm sie für einige Wochen auf.⁷³ Ende Dezember 1943 fanden sie eine zeitweilige Unterkunft in der Borsigsiedlung beim Maschinenbauer Wilhelm Kohler, Ziegenorter Pfad 20, ehe sie am 3. März 1944 in die Abgeschiedenheit des Altmarkdorfes Wannefeld bei Gardelegen evakuiert wurden. Dort lebten sie auf dem Hof von H. Drefenstedt in einem Raum, der Küche, Wohn- und Schlafräum zugleich war.⁷⁴ Henke, seit Langem an einer perniziösen Anämie erkrankt, litt unter der „Qual“, „unter den Bauern zu leben, die den Städtern feindlich und mißtrauisch, hart und geizig gegenüberstehen, wenn man nicht für sie zu schufteln vermag“.⁷⁵

Alfred Henke erlebte den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung, wiewohl sich sein Gesundheitszustand weiter verschlechterte und die materielle Not fast noch größer wurde. Die Rentenzahlung aus Berlin blieb aus. Seine Anträge, ihm wenigstens einen Teil der von den Nazis geraubten Pension zu zahlen, blieben ohne Antwort. Anna Henke konnte die Lebens-

70 Siehe BArch, R 58/494, Bl. 4, sowie BArch, R 58/775, Bl. 1f.

71 Berliner Adressbücher 1934 und Folgejahre.

72 Siehe StAB, 7,123-12, besonders den Brief Anna Henkes an die Familie Hackmack, o. D. (wohl Juli 1939) sowie den Brief Henkes an Jenny Hackmack, Osterwoche 1941.

73 Siehe Briefe Henkes vom 30.11./1.12.1943 und 5.1.1944, in: StAB, 7,123-13; Henke an Kaisen, 11.12.1945, in: StAB, 7,97/3-1.

74 LAB, B Rep. 021, EMK, Auskunft vom 7.3.2014; Kreisarchiv Salzwedel, Melderegister der Gemeinde Wannefeld, Nr. 1167/1168.

75 Henke an Kaisen, 11.12.1945, in: StAB, 7,97/3-1.

mittelnot nur wenig durch „Hamstern“ lindern. Henke schrieb, seine Not und Armut überträfen noch bei Weitem die im Proletarierhaushalt seiner Kindheit und Jugend erlebte. Er litt unter der geistigen Isolation durch das Fehlen von Büchern. Dennoch schrieb er: „Ich würde sicher manches noch zu sagen haben und habe auch bereits versucht zu Worte zu kommen.“ Aber auf einen Artikel zum 125. Geburtstag von Friedrich Engels für die Berliner Zeitung der SPD fehle jedes Echo.⁷⁶

Henkes historischer Optimismus blieb jedoch ungebrochen. Er stütze sich auf die Tatsache, dass vielerorts Vertreter der Arbeiterbewegung an der Spitze des Wiederaufbaus und der Arbeiterpresse standen. An den sozialdemokratischen Bremer Senatspräsidenten Wilhelm Kaisen schrieb er: „Uns Sozialdemokraten, hinter denen, wie ich hoffen darf, aufs Neue zahlreiche Frauen und Männer [...] stehen, bedeutet beides ein gutes Omen, geeignet, uns freudig in die Zukunft blicken zu lassen.“ Henke bewegte das weitere Schicksal der Arbeiterbewegung, so z. B. die Positionen der SPD und KPD zur Bodenreform und zur Demokratie in einem neuen Deutschland. Und er äußerte zum diskutierten Zusammenschluss der SPD mit der KPD: „Im Interesse der Arbeiterklasse läge eine solche Einheit gewiß, damit sie ihren politischen Einfluß konzentriert auf die sich ihr darbietenden Punkte richten kann.“⁷⁷

Seinen letzten Brief schrieb Henke am 11. Februar 1946 an seinen früheren Bremer Parteisekretär Wilhelm Pieck, nun Vorsitzender der KPD, mit der Bitte um Hilfe beim Auffinden seiner ältesten Tochter Eleonore, die mit ihrer Familie in der Sowjetunion lebte, und seines Sohnes Erich, der als Soldat an der Ostfront vermisst gemeldet war.⁷⁸

In den Tagen danach versank Alfred Henke in einer zunehmenden Agonie.

Der Gardelegener Sozialdemokrat Dieter Rieke berichtet in seinen Erinnerungen, er habe Henke in diesen Tagen aufgesucht und ihm Grüße der Gardelegener Genossen überbracht. Anna Henke habe ihm die Tagebücher ihres Mannes mit der Bitte übergeben, sie dem Parteivorstand der SPD zu übermitteln.⁷⁹

76 Henke an Hamburger Familie, Weihnachten 1945, in: StAB, 7, 123-13.

77 Henke an Kaisen, 11.12.1945, in: StAB, 9, S 3, unpag.

78 Anna Henke an Hamburger Familie, 14.3.1946, in: StAB, 7, 123-13.

79 Dieter Rieke: *Geliebtes Leben. Erlebtes und Ertragenes zwischen den Mahlsteinen deutscher Geschichte*, Berlin 1999, S.82f., 85f. Anna Henke berichtete über diesen Besuch in ihrem sehr detaillierten Bericht über die letzten Lebenstage und den Tod ihres Mannes nichts. Die Tagebücher sind unauffindbar.

Alfred Henke starb am 19. Februar 1946. Nur seine Frau Anna begleitete ihn drei Tage später zum Friedhof in Wannefeld, wo er unter einem Holzkreuz begraben wurde. Sie berichtete wenige Wochen später, der SPD-Vorstand in Gardelegen habe sich, als er um einen Trauerredner gebeten wurde, erschüttert gezeigt, dass „eine solche Persönlichkeit hier gewohnt hatte und so einsam sterben mußte“, denn man hätte Henke doch, z. B. durch eine Krankenhauseinweisung, helfen können.⁸⁰ Hier treffen sich das Zeugnis Anna Henkes und die Erinnerungen Dieter Riekes. Er schloss seine Erinnerungen an Alfred Henke mit den Worten: „In Gardelegen berichtete ich meinen politischen Freunden über das Schicksal von Alfred Henke. Sie nahmen kaum Notiz davon, es gab andere Probleme und Sorgen [...]. Was gilt da schon das Gedenken an einen verstorbenen Reichstagsabgeordneten?“⁸¹ Nur der Bremer „Weser-Kurier“, dessen Lizenzträger Hans Hackmack geworden war, teilte den Tod Alfred Henkes in einem kurzen Nachruf mit.⁸²

Jahrzehnte später benannte man in Bremens Stadtteil Arsten eine Straße nach Alfred Henke. 2003 wurde die Grabstelle in der Altmark mit einem Gedenkstein versehen. Es bedarf aber mehr als eines Straßennamens und eines Grabsteins, um Alfred Henkes Leben in das kollektive Gedächtnis der linken Bewegungen unserer Zeit zu heben. Das Urteil seiner früheren linksradikalen Kampfgefährten, Henke sei als ein stets Schwankender der von ihm vertretenen Arbeiterpolitik in den Rücken gefallen, bedarf der differenzierenden Korrektur. Dabei sollte von einer beachtenswerten Bemerkung Franz Mehrings über die Unabhängigen Sozialdemokraten ausgegangen werden: „Als Personen darf man ihren Mitgliedern nichts Übles nachsagen; es sind sehr tüchtige Kräfte darunter, und sie alle wollen gewiß das Beste. Aber als Partei sind sie unter keinem günstigen Stern geboren.“⁸³

80 Anna Henke in ihrem Bericht vom 14.3.1946.

81 Rieke, *Leben*, S.84.

82 *Weser-Kurier*, 27.2.1946.

83 Offenes Schreiben Franz Mehrings an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918, zit. nach: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, Berlin 1966, S.461 (Dok. 11).